

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler
Bundesminister für Kunst, Kultur,
öffentlichen Dienst und Sport

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.871.985

Wien, am 1. Februar 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag.^a Selma Yildirim, Genossinnen und Genossen haben am 1. Dezember 2022 unter der Nr. **13178/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend unbesetzte Planstellen – Attraktivierung Justizwache gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- *Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, um den Beruf der Justizwache attraktiver zu machen?*
- *Waren diese Maßnahmen erfolgreich und erfolgte eine Evaluierung dieser?*
- *Finden diese Maßnahmen Niederschlag im Budget und wenn ja, in welcher Höhe?*

Im Rahmen der 2. Dienstrechts-Novelle 2022 wurde ein Attraktivierungspaket für den öffentlichen Dienst auf den Weg gebracht, im Rahmen dessen eine Anhebung der Grundgehälter beim Einstieg in den Exekutivdienst, sowohl im Bereich der Polizei als auch bei der Justizwache, erfolgt ist. Mitumfasst sind sowohl Aspirant:innen als auch Bedienstete der Verwendungsgruppe E2c (im konkreten Fall eingeteilte Justizwachebedienstete).

Diese Maßnahme ist mit 1. Jänner 2023 in Kraft getreten, eine Evaluierung kann daher erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die budgetären Auswirkungen finden ihren Niederschlag in den jeweiligen Untergliederungen der betroffenen Ressorts.

Zu den Fragen 4 bis 10:

- *Welche Maßnahmen planen Sie, um den Beruf der Justizwache attraktiver zu machen?*
- *Sind dafür Mittel im Budget vorgesehen?*
- *Planen Sie Maßnahmen, um das Image der Justizwache zu verbessern?*
- *Wenn ja, welche und bis wann, wenn nein, warum nicht?*
- *Sind für Image-Maßnahmen Budgetmittel vorgesehen und wenn ja, in welcher Höhe?*
- *Ist eine Image-Kampagne vorgesehen?*
- *Wenn ja, wie wird diese aussehen und was wird sie kosten?*

Zu diesen Fragen darf ich auf die Ausführungen der Frau Bundesministerin für Justiz zu der an sie gerichteten parlamentarischen Anfrage Nr. 13138/J verweisen.

Mag. Werner Kogler

